Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 40 (1960-1961)
Heft: 6

Artikel: Das Schulbeispiel
Autor: Robert, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-161106

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Auch in bezug auf die Integrationsordnung gilt das Wort Huizingas: «Die Existenzmöglichkeit des Kleinstaates ist ein Indiz für die Gesundheit der völkerrechtlichen Beziehungen als Ganzes[8].»

Nach einem in der Österreich-Schweizerischen Gesellschaft in Wien gehaltenen Vortrag.

[1] E. Strauß: Common Sense about the Common Market, S. 118. [2] F. Baudhuin, in: «Europa, Besinnung und Hoffnung», Aufsatz über «Die Kleinstaaten und der Gemeinsame Markt», S. 21f. [3] S. de Madariaga: Von der Angst zur Freiheit, S. 160. [4] Vgl. auch den in der Augustnummer 1960 der Schweizer Monatshefte erschienenen Aufsatz von Dr. Gerhard Winterberger über «Schweizerische Eigenart und europäische Integration» sowie den Aufsatz «Der Kleinstaat Schweiz und die europäische Integration» in den Nrn. 2138 und 2148 der Neuen Zürcher Zeitung vom 22. Juni 1960. [5] J. Burckhardt: Weltgeschichtliche Betrachtungen, S. 34f. [6] Botschaft des Bundesrates über die Beteiligung der Schweiz an der EFTA, S. 20. [7] J. Loftus: «An Inquiry into feasible forms of European integration», in: European Integration, S. 110. [8] Huizinga, Schriften zur Zeitkritik 1948, S. 323.

Das Schulbeispiel

HANS ROBERT

Der Besuch Chruschtschews in Österreich hat die verschiedenartigsten Reaktionen in der freien Welt ausgelöst. Allgemein herrschte Empörung, mit welchen Ausdrücken er über die führenden Staatsmänner des Westens sprach. Nun, man sollte diesen rüden Ton doch schon hinlänglich gewohnt sein, ohne sich viel darüber aufzuregen. Die Anschuldigungen, die er vorbrachte, haben wir schon zahllose Male gehört und beurteilen sie darnach. Daß diese Anschuldigungen auf dem Boden eines freien Landes gegen Freunde des gleichen Landes erhoben wurden, gehört eben zu den Geschmacklosigkeiten der Sowjetpolitik.

Viel weitreichender als diese Wortgefechte sind jedoch die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Österreich, welche die Absichten der Sowjets weit mehr enthüllen und Schlüsse für die Zukunft ermöglichen. Zu diesem Zwecke ist es

notwendig, den am 15. April 1955 mit Österreich abgeschlossenen Staatsvertrag wieder in Erinnerung zu rufen.

Im Artikel 21 heißt es: «Von Österreich werden keine Reparationen verlangt, die sich aus dem Bestehen eines Kriegszustandes in Europa nach dem 1. September 1939 ergeben.» Doch schon im Artikel 22, § 6, werden Zahlungen in der Höhe von 150 Millionen Dollar (ca. 4 Milliarden ö. S.) als Kompensation für das in Österreich vorhandene «deutsche Eigentum» gefordert. Diese Forderung betraf die Sowjetunion allein, da die USA, England und Frankreich im gleichen Artikel, § 11, erklärten, das sogenannte «deutsche Eigentum», soweit es in den von ihnen besetzten Zonen liege, kostenlos der österreichischen Regierung zu übergeben. Daß die Sowjets in der Auslegung des Begriffes «deutsches Eigentum» in ihrem Sinne sehr weitherzig waren, ist ja bekannt.

Weiter forderten sie damals die Übertragung verschiedener Ölkonzessionen, die sich auf im Betrieb befindliche und noch zu erschürfende Bohrstellen bezog.

In einem Anhang zum Staatsvertrag wurden diese Leistungen dahin modifiziert, daß die Abgeltung der 150 Millionen Dollar «deutschen Eigentums» statt in Bargeld auch in Warenlieferungen, und zwar zum «Weltmarktpreis» erfolgen sollten, wobei der sogenannte Weltmarktpreis auch wieder weitherzig gesteckt war.

Die Russen förderten einige Zeit das Öl, stellten aber fest, daß es für sie wirtschaftlicher ist, es von Österreich fördern zu lassen und sich eine bestimmte Menge als Jahreslieferung auszubedingen. Österreich hat daher bis 1965 jährlich eine Million Tonnen Öl zu liefern; dies macht fast 50% der Gesamtförderung aus. Da die Ölproduktion zum Teil als Folge des von den Sowjets betriebenen Raubbaues von Jahr zu Jahr zurückging, erklärte sich 1958 die Sowjetregierung einverstanden, die Öllieferungen dadurch teilweise zu kompensieren, daß sie jährlich 500 000 t schwefelhaltiges russisches Öl kostenlos rücklieferte, dessen Verarbeitung den österreichischen Raffinerien große Schwierigkeiten bereitete. Österreich hatte hingegen weiter jährlich 1 000 000 t eigenes Erdöl an die Sowjetunion zu liefern.

Bei den jüngsten Verhandlungen zeigte die UdSSR insofern ein gewisses Entgegenkommen, als sie sich in Zukunft mit einer Jahreslieferung österreichischen Erdöls von 500 000 Tonnen begnügt, wogegen sie kein russisches Öl mehr nach Österreich liefern wird. Auch soll die Ablieferungsverpflichtung bereits im Jahre 1964 beendet werden, so daß die Ablieferung pro 1965 dahinfällt. Die Ölfrage wird in Österreich keine Schwierigkeiten verursachen, da das Land ohne weiteres seine Inlanderzeugung selbst verbrauchen und die Bezüge ausländischen Öls etwas abdrosseln kann. Außerdem ist bei der fortschreitenden Motorisierung mit großer Wahrscheinlichkeit eine Erhöhung des Inlandverbrauches vorauszusehen.

Anders verhält es sich mit den als Abgeltung des «deutschen Eigentums» erfolgenden Warenlieferungen. Im Jahre 1961 wird die letzte dieser Entgelt-

lieferungen, die aus der Tasche des inländischen Steuerträgers bezahlt werden, ausgeliefert sein. Österreich hat seine Industrie darnach ausgerichtet, im Jahre für 25 Millionen Dollar Güter für die Sowjetunion zu erzeugen. Die Beendigung dieser Abnahme bedeutet eine erhebliche Umstellung der industriellen Wirtschaft. Außer diesen Zwangsablieferungen besteht noch ein «normaler» Warenverkehr mit der UdSSR, der durch russische Gegenlieferungen im Verrechnungswege bezahlt wird.

Die Sowjetunion erklärt zwar, nach Beendigung der Zwangslieferungen die gleiche Warenmenge im Werte von 25 Millionen Dollar wie bisher abzunehmen, will jedoch diese «normale» Lieferung in das bisherige «normale» Lieferprogramm einbauen und durch weitere Gegenlieferung russischer Güter begleichen. Eine Zahlung in Valuta lehnt sie strikt ab.

Dadurch gerät Österreich in eine Zwangslage, da es zur Aufrechterhaltung seiner industriellen Kapazität erzeugen und liefern muß, aber zusätzlich eine im Werte gleich große Warenmenge von der Sowjetunion beziehen soll. Der sowjetische Hintergedanke ist natürlich der, die bisher unabhängige österreichische Wirtschaft möglichst in das Handelssystem des Ostblocks hineinzupressen, da ja bekanntlich eine wirtschaftliche Abhängigkeit mit einer mehr oder minder starken politischen Abhängigkeit verknüpft zu sein pflegt.

Was bezieht nun die Sowjetunion von Österreich und was könnte dieses von dem östlichen Handelspartner zusätzlich beziehen? Eine Komplikation dieser Frage liegt auch darin, daß die Sowjetunion unbedingt auf bilateralen Abkommen besteht, die insofern einseitig sind, als Österreich für sowjetische Lieferungen nur dorthin wieder Güter liefern darf, während der östliche Handelspartner diese ohne weiteres, falls er daran keinen Bedarf hat, an seine Satellitenstaaten abgibt.

Österreich war schon in den Zeiten der Monarchie und später in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen auf Exporte nach dem Osten angewiesen, ja im Hinblick auf seine geographische Lage geradezu dazu gezwungen. Der Osthandel bedingte zur Zeit der Monarchie vielmals die politische Entwicklung. Es bezog sich damals allerdings nicht auf Rußland, sondern in erster Linie auf jene anderen Staaten, die heute zum Ostblock gehören. Inzwischen ist die Sowjetunion der Haupthandelspartner im Osten geworden. Es hat in jüngster Zeit auch Polen verdrängt, das längste Zeit unter den Ostländern der wichtigste Partner war.

Die Tabelle auf S. 580 zeigt das Anwachsen des Handels mit der UdSSR, wobei jedoch die Lieferungen, die als Ersatz für das «deutsche Eigentum» erfolgen, nicht mitgerechnet sind.

Diese Tabelle liefert erst seit dem Abschluß des Staatsvertrages im Jahre 1955 ein klares Bild. Vor Abschluß dieses Vertrages hatte die sowjetische Besatzungsmacht die Erzeugungsstätten, die sie als «deutsches Eigentum» bezeichnete, selbst in Betrieb genommen und deren gesamte Produktion nach

dem Osten exportiert, ohne daß es möglich gewesen wäre, diese Ausfuhr auch nur statistisch zu erfassen. Die Tabelle zeigt, daß seit 1955 die Exporte höher sind als die Einfuhren.

Jahr	Einfuhr nach Österreich	Ausfuhr nach der UdSSR
	Wertangaben im Monatsdurchschnitt in Millionen österr. Schillinge	
1952	0,2	0,6
1953	0,0	3,2
1954	0,4	3,2
1955	5,5	14,5
1956	17,0	30,2
1957	46,1	61,5
1958	47,0	47,5
1959	65,5	74,9
1960*	66,4	62,9

Der Grund liegt darin, daß schon bisher Österreich nicht in genügendem Maße für die Exportgüter der UdSSR aufnahmefähig war. Der Osten liefert in erster Linie Rohstoffe wie Erze, Koks, Rohhäute, ferner Getreide und Futtermittel. Bei einer Bevölkerung von rund 7 Millionen Österreichern ist der Bedarf ein engumgrenzter. Er kann nicht nach Belieben gesteigert werden, zumal Meliorationen auf dem agrarischen Gebiet Österreich von Jahr zu Jahr mehr zum Selbstversorger machen.

Die Industrie hingegen, die vorzugsweise hochwertige Spitzenerzeugnisse liefert, benötigt auch bei einer Produktionssteigerung einen relativ geringen Zuwachs an Rohstoffen, da der Rohstoffanteil bei derartigen Fabrikaten ein geringer ist und der Hauptwert in der Arbeitsleistung liegt.

Die UdSSR könnte wahrscheinlich außer Rohstoffen und Lebensmitteln gewisse Maschinen und dergleichen nach Österreich liefern. Aber der österreichische Verbraucher lehnt diese Erzeugnisse ab. Er hat zu den russischen Fabrikaten ebenso wie zum großen Teil zu den fabrikmäßigen Erzeugnissen der Oststaaten nicht das Vertrauen wie zu denen des Westens. Ein geradezu klassisches Beispiel zeigt hier der Automarkt: Obgleich die Fahrzeuge des Ostens oft bis zu 20% unter den Autos aus dem Westen notieren, können sie sich nicht in genügender Weise durchsetzen. Sie verlieren ihren Wert viel rascher als westliche Wagen, obgleich sich keineswegs schlechte Fabrikate darunter befinden. Wahrscheinlich ist dies auf eine gewisse antikommunistische Ansicht der Käuferkreise zurückzuführen, da ja diese Ideologie von 97% der Bevölkerung abgelehnt wird. Auch das Benehmen der Sowjets als Besatzungsmacht ist noch in zu frischer Erinnerung.

* Hier ist nur der Durchschnitt der Monate des ersten Quartals berücksichtigt.

Natürlich kann man in einem freien Lande niemanden zwingen, ein bestimmtes ausländisches Erzeugnis anzukaufen. Auch die Propaganda ist da ziemlich machtlos. Anders liegt der Fall im Osten, wo die Bevölkerung einfach das nehmen und verbrauchen muß, was ihr die Regierung zukommen läßt, zumal ja dort noch immer ein Warenhunger vorhanden ist.

Österreich hat daher eine Spitze in der Warenlieferung nach der UdSSR, ist jedoch zu weiterem Export gezwungen, um seine Industrie in Gang zu halten. Der Handelspartner versucht, die Abnahme zu drosseln, wenn nicht genügend sowjetische Exportartikel von Österreich abgenommen werden.

In diese heikle Situation schlägt die sowjetische Forderung, nach Beendigung der Ersatzlieferungen für «deutsches Eigentum» diese Exportmengen in den normalen Handel einzubauen und dafür noch mehr russische Erzeugnisse abzunehmen, wie ein Donnerkeil ein. Die Ersatzlieferungen für das «deutsche Eigentum» betragen — wie erwähnt — 25 Millionen Dollar jährlich, dies sind in österreichische Schillinge umgerechnet pro Monat 54,2 Millionen, die durch erhöhten Import kompensiert werden sollen. Laut obiger Tabelle stellt sich die Monatseinfuhr auf 66,4 Millionen, dazu käme der Neuimport von 54,2 Millionen, so daß sich das Importvolumen auf 120,6 Millionen österreichische Schillinge vermehren müßte.

Da der Ostimport heute bereits ca. 10% des Gesamtimportes Österreichs ausmacht und nach der gewünschten Steigerung auf rund 18% emporschnellen würde, ist es klar, daß dies eine unmöglich zu lösende Frage ist. Österreich kann seine Bezüge aus dem Westen nicht kurzerhand abstoppen und dafür Waren aus dem Osten übernehmen, für die es keine Verwendung hat, die es aber auch nicht weiter exportieren kann. Es kann höchstens in einem bescheidenen Ausmaß die Importe aus dem Westen durch solche aus dem Osten ersetzen, aber bei weitem nicht in dem von den Sowjets geforderten Maße. Dabei spielt vom Standpunkt der UdSSR aus der Handel mit Österreich eine ganz untergeordnete Rolle. Er beträgt im Import und im Export etwa 3% des Gesamthandels Rußlands. Chruschtschew hat bei seiner Rede über die Bilanz seines Österreichbesuches in Moskau erklärt: «Viele österreichische Unternehmer wollen ihre Beziehungen zu anderen kapitalistischen Staaten nicht lockern, und dies ist dem österreichisch-sowjetischen Handel nicht förderlich.»

Diese Äußerung verrät mehr als die angeführten Zahlen: Österreich soll wirtschaftlich unter Druck gesetzt werden, um sich immer mehr auch politisch dem Ostblock zu nähern. Wahrscheinlich schwebt den Sowjetleuten eine wirtschaftliche Abhängigkeit nach der Art Finnlands vor, das ja auch die Daumenschrauben zu spüren bekommt.

Der Umstand, daß die UdSSR hauptsächlich Investitionsgüter übernehmen will, Konsumgüter hingegen nur in beschränktem Maße, erschwert die Situation der Industrie noch in besonderer Weise. So waren verschiedene Fabrikationszweige in ihrer Kapazität mit Sowjetlieferungen wie folgt ausgenützt:

Transformatorenbau	60%
Motorschiffe	64%
Maschinen	33%
Lokomotiven	22%
usw.	

Schließlich sei noch ein «Wunsch» der Sowjets erwähnt: Österreich hat bekanntlich ein neues Stahlerzeugungsverfahren entwickelt, das sogenannte L-D-Blasstahlverfahren, das gegenüber dem bisher üblichen Martinverfahren den erheblichen Vorteil aufweist, aus Roheisen in 20 Minuten fertigen Qualitätsstahl herzustellen, während das letztere Verfahren 6—7 Stunden erfordert. In welcher Weise hiedurch die Leistungsfähigkeit eines Stahlwerkes wächst, bedarf keiner besonderen Erklärung. Dieses Verfahren wird auf Grund von Lizenzen sowohl in Westeuropa als auch in Übersee von verschiedenen Stahlwerken ausgeübt. Das Verfahren hat das besondere Interesse der Sowjetleute gefunden und soll daher auf jeden Fall erworben werden. Aber auch dafür will Chruschtschew keine Valuta bezahlen, sondern wieder nur Waren liefern, was eine weitere Erschwerung für Österreich bedeuten würde. Bisher hat die österreichische Regierung diesen Vorschlag abgelehnt. Wahrscheinlich würde die UdSSR, die ja keine fremden Patente achtet, das Verfahren sogleich an ihre Satellitenstaaten weitergeben, vielleicht sogar an neue außereuropäische Staaten, denen sie Stahlwerkeinrichtungen verkauft. Sollte anderseits Österreich das Verfahren nicht verkaufen, ist zu befürchten, daß die Sowjetunion es einfach durch eine Reihe von Versuchen herausbekommt, zumal das Prinzip bekannt ist.

Die wirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen den beiden Handelspartnern sind noch nicht definitiv abgeschlossen; es werden noch Verhandlungen in Moskau erfolgen.

Jedenfalls zeigen schon die bisherigen Vorgänge wieder mit aller Deutlichkeit das Beispiel, wie wirtschaftlich schwächere Staaten, unter Ausnützung der brutalen wirtschaftlichen Überlegenheit des Sowjetblockes, überwältigt werden sollen, ein System, das sich auf die Dauer wesentlich wirksamer erweisen wird als ein Angriff mit Raketen und Atomsprengköpfen.